



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN August 2009

+++ Inhalt: Wahlen 2009, BUND-Kandidatencheck - S. 2 +++ BAYER guckt in die Röhre - S. 4 +++ CO₂-Verklappung in der Kritik; Die Lee(h)re der Flüsse - S. 5 +++ Gericht stoppt Kormoranmord, Vater Rhein wird's zu heiß - S. 6 +++ Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie: Mehr Gewässerschutz? Ösper wieder naturnah? - S. 7 +++ +++ Naturschutzkonferenz Münsterland; kurz und bund; Impressum - S. 8 +++

Umwelt. Zukunft. Wählen!



Wahlen 2009

Zukunft wählen! Ihre Stimme für Natur- und Klimaschutz!

von Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender



D. Jansen

Am 30. August sind Kommunalwahlen in NRW, am 27. September Bundestagswahlen. Obwohl man nachvollziehen kann, dass viele Menschen den Politikern im Lande nicht mehr über den Weg trauen und den Glauben an nachhaltige Veränderungen verloren haben, ist uns vom BUND klar, dass die Chance auf einen Neubeginn genutzt werden muss. Klima-, Finanz-, Biodiversitäts- und andere Krisen verlangen nach zukunftsfähigen Antworten, die viele der agierenden Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen schuldig geblieben sind. Neue Kohlekraftwerke, Verlängerung der Laufzeiten der Atommeiler, Milliardeninvestitionen in den Erhalt überkommener Strukturen, Abwrackprämie, Landschaftszerstörung durch Flächen fressende Gewerbegebiete und Landschaft zerschneidende neue Straßen - an diesen Ergebnissen kann man die nicht zukunftsfähigen PolitikerInnen und Parteien erkennen.

Vom BUND gibt es eine konkrete Hilfestellung zur Bundestagswahl in Form des Kandidatenchecks, den wir intensiv nutzen sollten. Mit gezielten Fragen lässt sich der regionale und lokale Bezug herstellen, der die betroffenen Kandidatinnen und Kandidaten zwingt, Farbe zu bekennen. Wir sollten dafür sorgen, dass dies auch öffentlich gemacht wird!

Beide Wahltermine sind gleich wichtig. Auf der kommunalen Ebene werden die Folgen von Fehlentscheidungen unmittelbar spürbar, wenn BürgermeisterInnen und Gemeinderäte bei sinkenden Bevölkerungszahlen weiter auf Wachstum setzen, um Betriebe und Zuzug buhlen, hierbei noch mehr Landschaft verbrauchen oder versäumen, die lokale Energieversorgung dezentral und klimafreundlich zu gestalten.

Auf Bundesebene haben wir die Wahl zwischen dem „Weiter so“, was uns Krise, Atommüll und Artensterben beschert hat oder neuen Konzepten, die auf einem konsequenten Schutz unserer Lebensgrundlagen aufbauen, z.B. mit erneuerbaren Energien, naturverträglicher und gentechnikfreier Landwirtschaft und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen. Eine solche Politik ist möglich und wäre wirtschaftlich, ökologisch und sozialpolitisch vernünftiger.

Dafür sollten wir uns weiter einsetzen - wenn nicht jetzt, wann dann?

Der große BUND-Bundestagswahlcheck

KandidatInnen unter der Lupe

Wie stehen die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten der Parteien im Bundestag zum Atomausstieg, zum Neubau von Kohlekraftwerken, zur Gentechnik und zu ökologischen Brennpunkten in ihrem Wahlkreis? Wo können Sie Umweltschutz wählen? Der große BUND-KandidatInnencheck gibt Auskunft.



Am 27. September stehen bundesweit 1.495 DirektkandidatInnen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl. Der BUND hat allen drei für unseren Verband zentrale Ja-Nein-Fragen vorgelegt: Sind Sie dafür, dass Atomkraftwerke wie geplant abgeschaltet werden? Sind Sie gegen einen Neubau von Kohlekraftwerken? Sind Sie für eine gentechnikfreie Landwirtschaft? Auch wenn die Antworten zumeist wie erwartet ausfallen, bergen sie so manche Überraschung.

Bis Ende Juli antworteten mehr als die Hälfte der in den 64 Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens kandidierenden Politiker. Am fleißigsten waren die Vertreter von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD: Etwa drei

Viertel meldeten sich zurück. Mager sieht es hingegen bei der CDU aus. Nur ein Viertel der Angeschriebenen machten bislang bei der Umfrage mit. Bei der Linkspartei und der FDP lag die Quote bei 50 Prozent. Zögerlich fiel die bisherige Rückmeldung der Politpromis aus. Weder Bärbel Höhn, Norbert Lammert, Peer Steinbrück, Ulla Schmidt oder Norbert Röttgen fanden die Zeit zur Beantwortung der BUND-Fragen.

100 Prozent der antwortenden BundestagsbewerberInnen von Bündnis 90 / Die Grünen und der Linkspartei lehnen sowohl die Laufzeitverlängerung für AKW, als auch den Neubau von Kohlekraftwerken und die grüne Gentechnik ab.

Ebenso eindeutig fiel die Ablehnung von AKW und Gentechnik durch die SPD aus. In Sachen Kohlekraftwerksneubau befinden sich die Sozialdemokraten hingegen auf Konfrontationskurs mit dem BUND. Nur Michael Müller, Staatssekretär im Bundesumweltministerium und Düsseldorf Bundestagskandidat, sowie Dr. Karsten Rudolph (Hochsauerlandkreis) und Michaela Engelmeier-Heite (Oberbergischer Kreis) sprachen sich ohne Wenn und Aber gegen den Neubau von Kohlekraftwerken aus. Erstaunlich die Antwort der Düsseldorfer Genossin Karin Kortmann, Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.: „Wir brauchen eine gesicherte Energieversorgung für Privathaushalte und für Gewerbe, deshalb brauchen wir weiterhin einen Energiemix mit klarer Ausrichtung auf erneuerbare Energieträger. Ich habe mich gegen das geplante Kraftwerk auf der Lausward in Düsseldorf ausgesprochen, da ich möchte, dass sich Düsseldorf zu einer Modellstadt für nachhaltige Energieversorgung entwickelt.“ Übersetzt heißt das wohl: Kortmann lehnt das vom BUND bekämpfte Kohlekraftwerk in Düsseldorf ab, nicht aber solche Klimakiller generell. Lässt da St. Florian grüßen?

Abweichler von der vorherrschenden Parteimeinung sind auch bei FDP und CDU eine kleine Minderheit - aber es gibt sie. Auch wenn sich der FDP-Spitzenkandidat Guido Westerwelle mit seinem Nein zum Atomausstieg und seinem Ja zu Kohlekraft und Gentechnik eindeutig gegen die Umwelt positioniert, mögen ihm nicht alle seiner ParteikollegInnen folgen. Immerhin sechs Kandidaten lehnen den Neubau von Kohlekraftwerken ab, u.a. der Krefelder Otto Fricke, Vorsitzender des Bundestags-Haushaltsausschusses. Auch in Krefeld wird heftig um den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks gestritten. Der in Dortmund kandidierende Daniel Poznanski spricht sich ebenso wie zwei weitere Kollegen für den Atomausstieg aus und liefert die etwas halbherzig klingende Begründung gleich dazu: „Ich bin für die geplante Abschaltung der AKWs. Das ist nicht zwingend die FDP Meinung. Allerdings erscheint es mir auch nicht sehr sinnvoll, sichere deutsche Kraftwerke vom Netz zu nehmen und von weniger gesicherten Kraftwerken aus dem Ausland Strom zu beziehen, was ja der Fall ist. Andererseits muss jemand anfangen, deshalb bin ich für die geplante schrittweise Abschaltung.“

Immerhin zwei Abweichler gibt es in der FDP beim Thema Gentechnik. Neben Andreas Eickmeier aus dem Wahlkreis Minden-Lübbecke ist dies wiederum Daniel Poznanski.

Aus Umweltsicht düster sieht es bei der CDU aus. Auch wenn die bislang spärlichen Rückmeldungen keine endgültige Wertung erlauben, zeichnet sich ein deutliches Bild ab: Die CDU ist die Partei der Atom- und Kohlekraft sowie der Gentechnik. Einzig der Mettmanner CDU-Newcomer Peter Beyer spricht sich für den Atomausstieg aus. Christel Voßbeck-Kayser aus dem Märkischen Kreis und der Mönchengladbacher Günter Krings bekennen sich als Kohlekraftwerksgegner. „Da mein Heimatort Mönchengladbach direkt am niederrheinischen Braunkohlegebiet liegt, weiß ich um die Problematik des Braunkohletagebaus. Dies gilt für die hohe Umweltbelastung durch CO₂ aber auch für die Folgen für Mensch und Natur wie Grundwasserabsenkung und Umsiedlung“, begründet Krings seine Position. Auch in punkto Gentechnik outeten sich zwei Kandidaten als Abweichler von der vorherrschenden CDU-Linie: Cajus Caesar (Wahlkreis Lippe I) und - mit Einschränkungen - Ralph Brinkhaus aus Gütersloh. Brinkhaus sieht in der Gentechnik durchaus Vorteile, tritt aber für „höchst mögliche Sicherheitsstandards und ein umfassende Information der Verbraucher“ ein. (dj)

Alle Antworten der Direktkandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag finden Sie unter www.bund.net/nc/bundnet/themen_und_projekte/bundestagswahl_2009/kandidatinnencheck/



Sie treten als NRW-Spitzenkandidaten an (v.l.n.r.): Norbert Lammert (CDU), Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), Guido Westerwelle (FDP), Franz Müntefering (SPD) und Ulla Lötzer (Die Linke). Fotos: Deutscher Bundestag/Lichtblick/A. Melde, CDU, privat, FDP

Kampagne zur Kommunalwahl: 40% auf Alles!

Die Klima-Allianz NRW fordert, den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids und anderer Treibhausgase in den NRW-Kommunen um 40 % bis zum Jahre 2020 zu reduzieren. Im Rahmen der landesweiten Mitmach-Kampagne zur Kommunalwahl „Reduktion der Treibhausgase: 40 % auf Alles!“ macht die Klima-Allianz den Klimaschutz zum Wahlprüfstein. Die neuen Gemeinderäte sollen per Bürgerantrag verpflichtet werden, die notwendigen Finanzmittel für ein kommunales Klimaschutzkonzept bereit zu stellen. Die Klima-Allianz ist ein Zusammenschluss von bundesweit mehr als 100 Organisationen, darunter auch der BUND. Mehr Infos, Flyer und Muster für Bürgeranträge und die Pressearbeit: www.40-prozent-auf-alles.de



Erfolgreicher Widerstand gegen CO-Pipeline BAYER guckt in die Röhre

Der von BAYER geplante Bau einer Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen den Chemieparks in Krefeld-Uerdingen und Dormagen sorgt weiter für Schlagzeilen. Eigentlich sollte die Giftgas-Leitung schon Ende 2007 im Betrieb gehen - wenn es nur nach BAYER, der Bezirksregierung Düsseldorf und den Landtagsfraktionen von CDU, FDP und SPD ginge. Doch das Verwaltungsgericht Düsseldorf stoppte die vorzeitige Inbetriebnahme dieser CO-Giftröhre auf Jahre.

Schon Mitte 2007 hatten der BUND, private Kläger und die Bürgerinitiativen auf schwere Mängel beim Bau der Pipeline in Anzeigen an die Bezirksregierung hingewiesen. Mitte August 2007 forderte der BUND die Landes- und Bezirksregierung auf, BAYER das Projekt zu entziehen. Doch nichts passierte. Im S e p t e m b e r

2008 wurde in einer Dokumentation für den Landtag bildhaft belegt: Die von BAYER beauftragten Baufirmen scherten sich nicht um die technischen Regeln. Selbst Erklärungen der BAYER-Riege, dass man auch weiter nach „eigenen“ Regeln bauen wolle, brachte die Landtagsmehrheit nicht zum Umdenken. Obwohl bereits im Sommer 2007 bekannt wurde, dass BAYER seit Beginn nur 60 statt wie vorgesehen 80 cm breite Schutzmatte einbaute, tat sich nichts. Auch die eigenmächtige Verlegung von dünneren Rohren, schon Ende 2007 aktenkundig, hatte nicht etwa einen Baustopp zur Folge. Dabei hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) schon im Dezember 2007 in einem Eilverfahren zwar den Weiterbau genehmigt, den Betrieb der Leitung aber als zu gefährlich untersagt.

Etlche Planergänzungen und Änderungsanträge folgten, die Anfang März 2009 seitens der Bezirksregierung -vorgeblich „ergebnisoffen“ geprüft und schließlich abgenickt wurden. Trotz des gegenteiligen OVG-Beschlusses versuchte BAYER daraufhin, die Pipeline per Eilantrag an das Verwaltungsgericht Düsseldorf in Betrieb zu nehmen. Am 26. Mai lehnte die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf den Antrag auf In-

betriebnahme der bereits weitgehend fertig gestellten CO-Pipeline ab. Damit bleibt deren Betrieb weiterhin untersagt.

Das Gericht gelangte zu dem Ergebnis, dass sich die Sicherheitslage durch die Änderungsbescheide der Bezirksregierung Düsseldorf nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Dieter Donner, Mitglied im Vorstand der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf und Presseskoordinator der Initiative Stopp Bayer-CO-Pipeline erfüllte der Beschluss mit „Freude und Genugtuung“. „Unser gemeinsamer Kampf mit sachlichen, guten Argumenten hat sich gelohnt. Der Willkür von Bayer und Regierungspräsident Büssow ist erst mal ein Riegel vorgeschoben. Das gefährliche, hochgiftige CO-Gas wird uns längere Zeit nicht gefährden können“, so Donner nach der Urteilsverkündung. Er kündigte aber sogleich an, dass der gemeinsame juristische und politische Kampf mit den Kommunen gegen die Landespolitik weitergehen wird. Die Landespolitiker von CDU, SPD und FDP würden seit dem Gerichtsbeschluss „nur noch die Arbeitsplatzkeule schwingen“. Allein die Grünen bewerteten die Pipeline korrekt als Sicherheitsrisiko. Je näher die Wahlen, desto nervöser würden die Politiker. Deutlich werde das schon in Wahlkämpfen des Mettmanner Bundestagskandidaten Peer Steinbrück (SPD) und von CDU-Kandidaten zur Europawahl. Dieter Donner: „Wir wollen keine Parolen hören. Wir erwarten Handeln auf allen Ebenen!“

Gehandelt haben schon die Betroffenen vor Ort. Mehr als 101.000 Menschen haben sich der Forderung nach sofortigen Stopp der Kohlenmonoxidleitung angeschlossen – und es werden täglich mehr. Dass - wie Ende Juli bekannt wurde - im Vorfeld des Pipeline-Baus keine vollständige Kampfmittelsondierung durchgeführt wurde, wird den Widerstand gegen die Skandalröhre weiter anheizen. (dd, dj)



Dieter Donner (z.v.l.) und seine erfolgreichen MitstreiterInnen im Kampf gegen die BAYER-Giftgas-Pipeline. Foto: D. Jansen

Weitere Infos:
www.stopp-co-pipeline.de

Kritik an BAYER unerwünscht:

Anlässlich des 30. Geburtstags der Coordination gegen BAYER-Gefahren führte ein Redakteur der Süddeutschen Zeitung ein Interview mit zwei Vorstandsmitgliedern des



Vereins. Kurz darauf intervenierten Vertreter der Bayer AG bei der Redaktionsleitung und forderten einen Nicht-Abdruck des Interviews. Der Redakteur wollte den Beitrag retten und bat um Belege zu den getätigten Aussagen. Obwohl keine Passage beanstandet werden konnte, ist das Interview bis heute nicht erschienen - ein erneutes Beispiel unzulässiger Einflussnahme großer Unternehmen auf die Medien. Eine freie Berichterstattung, die für die Demokratie unablässig ist, wird hierdurch verhindert. Um diesen Akt von Zensur öffentlich zu machen, hat die Coordination gegen BAYER-Gefahren Beschwerde beim Presserat eingelegt und das Interview unter www.CBGnetwork.de veröffentlicht.

Aus den Augen, aus dem Sinn

Kritik an CO₂-Verklappung

Heimlich, still und leise plant die RWE Power AG den Bau einer 530 Kilometer langen Pipeline vom rheinischen Hürth ins nördliche Schleswig-Holstein. Mit dieser beschönigend als „Klimaschutz“-Pipeline deklarierten Röhre soll ab dem Jahr 2014 das im geplanten CO₂-armen Kraftwerk in Hürth abgeschiedene Kohlendioxid in potenzielle Speicherstätten transportiert und dort verpresst werden.



Während das RWE darin die Lösung für die klimaschädlichen Braunkohlenkraftwerke sieht, ist diese so genannte CCS-Technik (Carbon Dioxide Capture & Storage) für den BUND lediglich ein „ökologisches Feigenblatt, um der dreckigen Kohle ein saubereres Image zu verpassen“.

Der BUND NRW veröffentlichte erstmalig die RWE-Detail-Pläne, sorgte damit für erhebliche Aufruhr und trug dazu bei, das von der Bundesregierung im Hau-Ruck-Verfahren geplante Gesetz über die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) erst einmal auf Eis zu legen.

Für den BUND ist CCS lediglich ein „klimaschutzpolitisches Placebo“. Die Technik zur Abscheidung von CO₂ aus Kraftwerken existiert noch nicht, wäre - wenn überhaupt - großtechnisch erst um 2020 bis 2025 anwendbar und darüber hinaus sehr teuer. Zur Eindämmung des Klimawandels käme die Technik so oder so zu spät, während die Erneuerbaren Energien schon heute zur Verfügung stehen. Dazu ist CCS sehr energieintensiv: Bis zu einem Drittel mehr Kohle würde benötigt, um die gleiche Strommenge zu produzieren. Neue Braunkohlentagebaue wären die unausweichliche Konsequenz. Auch die Risiken des Transports und der dauerhaften Endlagerung sind bis heute ungeklärt. Niemand kann garantieren, dass das Klimagas in alten Erdgasspeicherstätten oder salinen Aquiferen für alle Ewigkeit (end)gelagert werden kann. Kein Wunder also, dass die Verursacher - allen voran das RWE und Vattenfall - die eigene Haftung auf wenige Jahrzehnte beschränkt sehen wollten.

Allein die RWE-Kraftwerke im Rheinland stoßen jährlich etwa 100 Millionen Tonnen CO₂ aus. Wollte man dieses und die übrigen in NRW-Kraftwerken anfallenden Treibhausgase endlagern, so wären dafür nach einer Studie des Wuppertal Instituts Pipelines von bis zu 7.000 km Länge notwendig. Dabei wird keines der

derzeit betriebenen oder im Bau befindlichen Kohlekraftwerke jemals mit CCS nachgerüstet werden. Zum einen sind sie darauf gar nicht ausgelegt, zum anderen wäre die Nachrüstung immens teuer.

Kein Wunder, das selbst Branchenexperten wie der Evonik/Steag-Chef Alfred Tacke CCS für eine „Alibi-Technik, die niemals großtechnisch zur Anwendung kommen wird“ halten. Entlarvend auch die Antwort des Vattenfall-Vorstandsvorsitzenden Lars Göran Josefsson. Im Düsseldorfer Landtag wurde er gefragt, was denn sei, wenn die Technik nicht wie geplant funktioniert. Lapidare Antwort: „Dann müssen wir die Deiche höher bauen.“ (dj)

Weitere Infos: /www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/ccs/

Schwimmend zum Konzert

Die Lee(h)re der Flüsse

Eine ungewöhnliche Tournee machte unlängst in NRW Station. Unter dem Titel „Die Lee(h)re der Flüsse“ gab der Musiker Heinz Ratz u.a. in Bonn, Köln und Düsseldorf Konzerte. Das ist an sich noch nichts Besonderes. Doch zuvor legte Ratz jeweils noch etwa 20 Kilometer schwimmend im Rhein zurück. 50-mal plant der umtriebige Künstler diese ambitionierte Kombination aus sportlichen und musikalischen Auftritten zwischen Bodensee und Kiel. Insgesamt will er in Rhein, Elbe und anderen Wasserläufen eine Strecke von 1.000 Kilometern zurücklegen. Der Liedermacher will auf diese Weise auf das Schicksal der heimischen Flüsse aufmerksam machen. Aber auch ein anderer Aspekt ist Ratz wichtig: „In Flüssen zu schwimmen war früher selbstverständlich, jetzt ist es nur noch in wenigen Wasserläufen möglich. Mit meiner Tour will ich dieses Stück Lebensfreude zurückholen.“

Begleitet wird die Tour vom BUND. Damit soll eine breite Öffentlichkeit für die vielen Probleme rings um die heimischen Wasser sensibilisiert werden. (dj)

Mehr Infos: www.flussprojekt.de



Heinz Ratz in seinem Element.
Foto: Linn Marx / www.linnmarx.com

BUND-Erfolg mit Signalwirkung

Gericht untersagt Kormorantötung

Kormorane dürfen im Vogel- und Naturschutzgebiet Weseraue nicht getötet oder bei der Brut gestört werden. Das hat jetzt auf Antrag des BUND das Verwaltungsgericht Minden entschieden. Das Gericht bestätigte mit der Entscheidung einen gleich lautenden Beschluss des Kreises Minden-Lübbecke. Dagegen geklagt hatte die Weserfischereigenossenschaft; der BUND NRW war vor Gericht beigeladen.

Grundsätzlich verbieten sowohl artenschutz- als auch landschaftsschutzrechtliche Vorschriften die Tötung und Störung von Kormoranen als besonders geschützte Art.

Die klagende Weserfischereigenossenschaft Minden hatte im August 2008 beantragt, ihr den Abschuss und die Vertreibung von Kormoranen ausnahmsweise auch im EU-Vogelschutzgebiet zu genehmigen, um den vermeintlichen Fischfraß in ihren Gewässern einzudämmen. Hierzu plante sie, Kormorane abzuschießen. Außerdem sollte die Kormoran-Brutkolonie im Bereich des Naturschutzgebietes „Lahder Marsch“ eingegrenzt werden, indem brütende Kormorane durch Laser so

gestört werden, dass sie ihre Nester verlassen. Grundlage hierfür ist ein Erlass des NRW-Umweltministerium, welcher den Abschuss der geschützten Vogelart unter bestimmten Bedingungen selbst in Vogelschutzgebieten erlaubt.

Der Kreis Minden-Lübbecke hatte die Anträge - unterstützt vom BUND - im Wesentlichen mit der Begründung abgelehnt, dass die vorgesehenen Maßnahmen den Schutzzwecken von Vogelschutz- und Naturschutzgebieten zuwiderliefen, weil sie auch andere Vogelarten störten. Gegen diese Entscheidungen richteten sich die jetzt abgewiesenen Klagen.

Die Richter kritisierten, dass nicht sichergestellt werden könnte, dass nicht auch andere im Vogelschutzgebiet ansässige Vogelarten zu Schaden kämen. Auch sei der Nachweis der Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Verringerung des Kormoranbestandes außerhalb des Schutzgebietes nicht erbracht worden. Insofern könne nicht davon ausgegangen werden, dass der von der Klägerin geplante Abschuss bzw. die Vertreibung durch Laser die einzige Möglichkeit sei, um den Kormoranbestand zu regulieren.

Für den BUND ist diese Gerichtsentscheidung ein Meilenstein des Artenschutzes und eine herbe Niederlage der Angler- und Jagdlobby. Als Konsequenz fordert der BUND Landesumweltminister Uhlenberg auf, den so genannten Kormoran-Erlass, zurückzunehmen. (dj)



Jürg-Adler / pixelio

VG Minden, Urteile vom 16. Juni 2009 - 1 K 3208/08 und 1 K 774/09 -, nicht rechtskräftig.

Neue BUND-Studie

Vater Rhein wird's zu heiß

Die Temperatur des Rheins an der deutsch-niederländischen Grenze liegt um bis zu 3,5 °C über dem natürlichen Niveau. Das ist das alarmierende Ergebnis einer neuen BUND-Studie zu den Wärmelasten des Rheins und seiner Nebengewässer. Zwei Grad dieser Temperaturerhöhung resultieren aus den Abwärmeeinleitungen - überwiegend aus Kraftwerken - entlang des Rheins und seiner Nebenflüsse, ein Grad ist auf den Klimawandel zurückzuführen. Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, droht das Aussterben wichtiger Fischarten wie Lachs, Maifisch und Aal, so das BUND-Fazit.

Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender: „Die ökologische Situation des Rheins wird wegen der hohen Abwärmeeinleitungen zunehmend prekär. Trotzdem handeln die Behörden nicht. Es reicht nicht, Millionen von Steuergeldern in die Wiederansiedlung von Lachs und Maifisch zu stecken, ohne die ökologischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir fordern Umweltminister Eckhard Uhlenberg auf, sich massiv in Berlin für die seit den 1980er Jahren diskutierte Abwärmeab-

gabe einzusetzen. In Zeiten eines sich rasant beschleunigenden Klimawandels müssen die Abwärmeeinleiter auch über den ökonomischen Hebel gezwungen werden, für Energieeinsparung und -effizienz zu sorgen und die thermischen Belastungen der Rheinökologie zu mindern.“

Gemäß der BUND-Studie trägt Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel (5.736 MW) zur Erwärmung des Rheins durch Abwärme bei; der Anteil der Kraftwerke liegt in NRW bei 66 %. Größter Abwärmeeinleiter sind neben der BAYER AG in Leverkusen und Uerdingen die Kraftwerke in Düsseldorf, Duisburg und Voerde.

Um Schlimmeres zu verhindern fordert der BUND, zusätzliche thermische Belastungen unter allen Umständen zu vermeiden und die Abwärmefrachten abzusenken. Die Genehmigung neuer Kraftwerke mit Durchflusskühlung - wie in Düsseldorf und Krefeld geplant - muss untersagt werden. Zum Schutz der Wanderfische ist ein Grenzwert für die Rheinwassertemperatur von 25°C festzulegen. (dj)

Mehr Infos: Die BUND-Studie „Wärmelast Rhein“ steht unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser/waermelast_rhein/ als Download zur Verfügung und kann auch in der BUND-Landesgeschäftsstelle bestellt werden (6,- Euro plus Porto/Verpackung).



Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie Mehr Gewässerschutz?

Mit Ablauf der Beteiligungsfrist haben die NRW-Naturschutzverbände ihre gemeinsame Stellungnahme zum Bewirtschaftungsplan für die Gewässer in NRW eingereicht. Auf mehr als 100 Seiten und in zahlreichen Einzelstellungen zu den Gewässern wurden wichtige Informationen und Anregungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zusammengetragen. Obwohl viele behördliche Planungen Erfolg versprechend aussehen und bis 2027 an vielen Gewässern Maßnahmen zur Strukturverbesserung durchgeführt werden sollen, bleibt der BUND skeptisch. Zwar hat Umweltminister Uhlenberg versprochen, dass ab 2010 ca. 80 Mio. Euro jährlich für Renaturierungsmaßnahmen ausgegeben werden sollen, trotzdem werden landesweit Flüsse und Auen weiter verbaut und beeinträchtigt, so in Köln durch die überflüssige Hafenerweiterung in Godorf auf Kosten der Sürther Aue.

Darüber hinaus sollen viele Maßnahmen erst in 10 bis 15 Jahren angepackt werden und es droht eine massenweise Ausweisung vieler Gewässer als „erheblich verändert“, was die Umweltziele absenken würde. Paul Kröfges, Vorsitzender des BUND NRW: „Keine Zweiklassengesellschaft bei unseren Bächen und Flüssen! Diese Einstufung kann nur in wenigen Fällen akzeptiert werden, da sonst die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie unterlaufen werden.“

Jetzt sind die Behörden am Zug. Noch ist Zeit, die Bewirtschaftungspläne so zu überarbeiten, dass sie den europäischen Anforderungen genügen. Noch wichtiger ist aber, dass die lange Planungsphase endlich in konkrete Maßnahmen übergeht. Der BUND erwartet, dass die versprochenen Geldmittel verlässlich bereitgestellt und langfristig gesichert werden und wird sich auch bei der Maßnahmenumsetzung vor Ort engagiert einbringen. (ca)

Der schwimmende Künstler Heinz Ratz (s. S. 5) unterstützt den BUND Protest gegen die Zerstörung der Sürther Aue auf seine Weise. Hier wird er im Kölner Rheinauhafen vom Landesvorsitzenden Paul Kröfges und Dietmar Puscher von der Aktionsgemeinschaft nach seinem Schwimmarathon empfangen. Foto: BUND-Archiv



Gewässeruntersuchung in der Ösper: Die BUND-Kreisgruppe Minden-Lübbecke hat den Fluss mit Hilfe des Umweltbusses 'Lumbricus' der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW untersucht. Ein dabei produzierter Film wurde bei der Buchpräsentation gezeigt.

Foto: L. Schmelzer



Gewässerschutz vor Ort

Ösper bald naturnah?

Im nördlichen Zipfel von Nordrhein-Westfalen sind fast alle Fließgewässer seit Jahrzehnten kanalarartig ausgebaut. Ortsheimatpflegern und Aktiven der BUND-Ortsgruppe in Petershagen gelang es jetzt, ihren ehemals naturnahen Bach, die Ösper, wieder ins Bewusstsein der Menschen zu bringen und gleichzeitig für deren ökologische Verbesserung zu werben.

Hierzu wurde die besondere Identifikation mit Bach und Bachlandschaft einer vergangenen bäuerlichen Kulturlandschaft und deren Verlust in den Orten entlang der Ösper in einem Buch aufgearbeitet. Dieses thematisiert auch die ökologischen Aspekte der Landschaftsgeschichte, die heutige Gestalt des Fließgewässers und Planungen für einen naturnäheren Zustand.

Vor allem die neue Gewässerbewirtschaftungsplanung war vor Ort durchweg unbekannt. Auf diese konnte zusätzlich mit Hilfe einer Ausstellung aufmerksam gemacht werden. Hilfe kam auch vom Wassernetz NRW, das über die Wasserrahmenrichtlinie und Möglichkeiten zur Beteiligung informierte.

Die Aktivitäten führten dazu, dass das Thema Fließgewässer auch in anderen Petershäger Ortschaften, im Heimatverein und in der Kulturgemeinschaft aufgegriffen wurde. Ein erster Erfolg stellte sich bald ein. Im Rahmen des Gewässerentwicklungsprojektes Weser-Werre-Else ist die Renaturierung eines Fließgewässerabschnittes der Ösper in Angriff genommen worden.

Interesse zeigten überdies Schüler und Lehrer Gymnasiums Petershagen. Sie nahmen an Führungen durch die Ausstellung teil. Im Unterricht wurden anschließend Präsentationen zur naturnahen Entwicklung der Ösper und zu weiteren Gewässerschutz-Themen erstellt. Radtouren entlang des Fließgewässers mit Informationen über Landschaft und Bächen im Einzugsgebiet rundeten das Angebot ab.

Kornelia Fieselmann

Kontakt:

BUND-Ortsgruppe Petershagen, Kornelia Fieselmann (kornelia_fieselmann@web.de) und Wolfgang Battermann (w.battermann@bund.net); mehr Infos: www.bund.net/minden-luebbecke, www.ortsheimatpflege-petershagen.de/Ortsheimatpflege_Petershagen/Oesperausstellung.html

WRRL-Infos:

www.wassernetz-nrw.de

Europas Gewässer am Scheideweg

...so lautet der Titel einer aktuellen Broschüre, die sich kritisch mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auseinandersetzt. Anhand von fünf Schwerpunkten werden die Anforderungen aus der Sicht der Umweltverbände vorgestellt und die aktuelle Situation beleuchtet.

Sie können die Broschüre unter www.wassernetz-nrw.de herunter laden oder beim Wassernetz NRW, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, kostenlos anfordern. Wenn Sie als Mitglied einer Naturschutzgruppe größere Stückzahlen für den Einsatz vor Ort benötigen, schicken Sie bitte eine kurze Mail an christoph.aschemeier@bund.net



Regionalkonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Münster

Konferenz statt Beirat

Am 8. Mai fand unter mehr als 70 Beteiligten aus den NRW-Naturschutzverbänden, der Bezirksregierung Münster, der Unteren Landschaftsbehörden und mehrerer Biologischer Stationen die erste Regionalkonferenz zu Naturschutzthemen im „Rieselfeldhof“ in Münster statt. Auslöser war einerseits die Abschaffung der Landschaftsbeiräte bei den Bezirksregierungen 2007 unter dem fadenscheinigen Vorwand „Bürokratie-Abbau“. Andererseits hatten die Umweltverbände im Bezirk schon in den 1990er Jahren mehrere zum Teil sehr erfolgreiche „Münsterlandtage“ zum Natur- und Umweltschutz abgehalten. Vier Themenschwerpunkte wurden behandelt: EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), Waldschutz, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete und Energiepflanzenanbau.

In der sehr engagiert geführten Diskussion forderten die Anwesenden unter anderem die fristgerechte und vollständige Umsetzung der europäischen Vorgaben der WRRL, den Stopp des „Verheizens und Verscherbelns“ des ohnehin nur 14,9 Prozent der Fläche im Bezirk bedeckenden Waldes, eine gemeinsame Anstrengung bei der Abwehr von Gefahren für die europäischen Schutzgebiete durch die intensivierte Landwirtschaft und den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den an vielen Stellen geplanten Biogasanlagen.

Aufgrund der hervorragenden Resonanz dieser ersten Veranstaltung wird noch in diesem Jahr (4.12.) die nächste Regionalkonferenz an gleicher Stelle stattfinden mit den Schwerpunkten Verkehr, Flächenverbrauch, Großmastanlagen und Regionalplan Münsterland. (mh)

Kontakt: Dr. Michael Harenger, BUND-Regionalgruppe Münster, michael.harenger@bund.net

+++ kurz und bund +++

► **A4: Bundesverwaltungsgericht entscheidet gegen BUND:** Die Klagen des BUND und betroffener Privatpersonen gegen die bergbaubedingte Verlegung der A 4 im Bereich des Braunkohlentagebaus Hambach sind vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig abgewiesen worden. Trotzdem war der BUND nicht erfolglos: Im Zuge des Verfahrens konnten eine Park- und WC-Anlage im FFH-Gebiet Steinheide verhindert, der Bau einer Grünbrücke und wichtige Amphibienschutzmaßnahmen durchgesetzt werden. Eine drohende Niederlage vor Gericht konnte das Verkehrsministerium nur durch umfassende zusätzliche Fledermausschutzmaßnahmen abwenden.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle

► **PCs für Naturschützer:** Zu Eröffnung des BUND-Projektes „Naturerlebnis Halver“ überreichte der Arnberger Regierungspräsident Helmut Diegel (CDU) 25 PCs für die Arbeit der regionalen Naturschutzverbände, Biostationen, Umwelt- und Naturschutzzentren. Das Bild zeigt ihn bei der symbolischen Übergabe an Klaus Brunsmeier (r.) als Vertreter der Naturschutzverbände im Regionalrat Arnberg.



Mehr Infos: www.heesfelder-muehle.de

► **Nachhaltigkeit trotz(t) Krise:** Aufgerüttelt von der Klima- und Finanzkrise sowie dem rasanten Artensterben hinterfragen immer mehr Funktionsträger in Wirtschaft, Medien und Politik ihr eigenes Wertesystem. Unter dem Stichwort des nachhaltigen Wirtschaftens und der Corporate Social Responsibility wird die unternehmerische Verantwortung immer mehr zum zentralen Thema. Und auch die Konsumenten werden sich ihrer Verantwortung bewusst, hinterfragen, wie unsere Wirtschafts- und politischen Lenker das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen und beeinflussen durch Ihr Einkaufsverhalten die Märkte.



Mit zwei Impulskonferenzen in Köln und München eröffnet der Deutsche Naturschutzing in Kooperation mit dem

BUND und anderen Gruppen den Dialog. Inhaltlich geht es um Themen wie Wirtschaftskrise und Green New Deal, Erhalt der biologischen Vielfalt, Klimaschutz, Energieversorgung, Landwirtschaft und nachhaltige Mobilität. An der Veranstaltung in Köln werden Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sven Plöger, Klimaexperte und bekannt als TV-Wetterfrosch sowie der Kabarettist Heinrich Pachl mitwirken.

Alle Infos unter www.verantwortungjetzt.de